

## B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Rates vom 15.12.2020

---

**A.       ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**3.       Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

**3.6      Einrichtung eines Arbeitskreises zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes gegen  
Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus  
- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke -**

Vorlage Nr. AT 15/2020

Verwaltungsseitig weist Herr Schmidt eingangs darauf hin, dass bereits ein Handlungskonzept besteht und sich diverse Gremien mit der Thematik befassen. Vor diesem Hintergrund wird die Einrichtung eines Arbeitskreises für nicht zielführend und nicht sinnvoll gehalten. Im Einzelnen erläutert er umfassend die Aktivitäten und stellt den Zehn-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus vor:

- 1: Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
- 2: Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen
- 3: Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
- 4: Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen
- 5: Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen
- 6: Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
- 7: Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
- 8: Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
- 9: Förderung der kulturellen Vielfalt
- 10: Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Herr Walter verweist auf einen Antrag der FDP-Fraktion anlässlich der Vorfälle in der Hammerhütte in Zusammenhang mit der Organisation „Der III. Weg“, der eine ähnliche Zielsetzung wie dieser zum Inhalt hatte. Aufgrund der langen Sitzungspause nach der Kommunalwahl und der Absage der Ausschüsse ist dieser Antrag nicht zur Beratung gekommen. Die FDP-Fraktion will daher das Thema wieder aufgreifen und befürwortet die Einberufung eines befristeten Arbeitskreises, wo u. a. der weitere Umgang mit der Problematik und die Verortung in den politischen Gremien besprochen werden sollte.

Nach Auffassung von Herrn Steffe wird das Thema zu einseitig betrachtet. Die Zielrichtung sollte nicht nur gegen Rechts gerichtet sein, sondern auch gegen alle anderen extremistischen Strömungen. Dann könnte er zustimmen.

Grundsätzlich ist es wichtig, das Thema zu beleuchten und zu bearbeiten, so Herr Molzberger. Es stellt sich die Frage, ob die Einrichtung eines Arbeitskreises sinnvoll ist oder nicht die Stärkung des Bündnisses für Demokratie besser wäre.

Wie auch Herr Weber schlägt er vor, im Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung über die weitere Vorgehensweise zu beraten.

Die Ausführungen von Herrn Schmidt zielen nach Auffassung von Herrn Wittenburg auf die Zivilgesellschaft ab. Die Zielrichtung der Antragsteller ist aber, Verwaltung und Politik über einen temporären Arbeitskreis Instrumente an die Hand zu geben, gegen rechtsextremistische Strömungen vorzugehen.

Herr Groß ergänzt, dass eine Befassung mit dem Thema auf parlamentarischer Ebene kaum stattfindet. Daher schlägt er vor, über das von Herrn Schmidt vorgestellte Handlungskonzept sowie die Aktivitäten des Städtebündnisses gegen Rassismus den Rat in seiner nächsten Sitzung zu informieren und anschließend über die weitere Vorgehensweise zu entscheiden.

Bürgermeister Mues fasst die Diskussionsbeiträge dahingehend zusammen, den Antrag im Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung zu beraten und dort auch über die genannten Aktivitäten zu berichten.

#### **Beschluss:**

Der Antrag wird zur Beratung an den Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung überwiesen.

Die Verwaltung wird gebeten, dort über alle laufenden Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus sowie die Maßnahmen zur Umsetzung des Zehn-Punkte Aktionsplans gegen Rassismus zu berichten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**2. Rat 15.12.2020**

---